

Fortsetzung Weitere Besondere Vertragsbedingungen**11.1 Objekt-/Bauüberwachung (§ 4 Nr. 1)**

- 11.1.1 Die Objektüberwachung des Auftraggebers ist bevollmächtigt, den Auftraggeber bei den Belangen der örtlichen Baudurchführung zu vertreten. Zu Änderungen und Ergänzungen des Vertrages ist sie nicht bevollmächtigt.
- 11.1.2 Die Objektüberwachung des Auftraggebers ist ferner nicht bevollmächtigt:
- zur Entgegennahme von Behinderungsanzeigen im Rahmen von §6 Nr.1 VOB/B.
 - im Regelfall zur Anordnung nach §2 Nr.5 und 6. VOB/B.
 - zur alleinigen Durchführung von Abnahmen, sofern dem Auftragnehmer nicht eine besondere, auf diese Abnahme bezogene, schriftliche Vollmacht vorgelegt wird.
 - zur Entgegennahme von Vorbehaltserklärungen gegen die Schlusszahlung nach §16 Abs. 3 Nr. 5 VOB/B.

11.2 Baustellenorganisation, Schnittstellen**11.2.1 Bauwasser / Baustrom (zu § 4 Abs. 4 Nr. 3 VOB/B)**

Der Auftraggeber hat auf der Baustelle Anschlüsse für Baustrom und Bauwasser eingerichtet. Die Kosten für den Verbrauch und den Messer oder Zähler trägt der Auftragnehmer, mehrere Auftragnehmer tragen sie anteilig (§ 4 VOB/B).

Der Auftragnehmer kann den Verbrauch entweder durch Messung ermitteln und diesen begleichen oder es kommt der unten vorgegebene prozentuale Umlageschlüssel zum Ansatz.

Für den Verbrauch von Baustrom werden 0,15%, für Bauwasser 0,15%, für Sanitäreinrichtung 0% von jeder Abschlagsrechnung und der Schlussrechnung (Bauleistungen / Bruttoabrechnungssumme) zum Abzug gebracht.

Dem Auftragnehmer steht es frei, durch eigene Messung den tatsächlichen Verbrauch nachzuweisen.

Ist keine prozentuale Vereinbarung zum Verbrauch getroffen, gelten die Regelungen gemäß § 4 VOB/B.

In der zu berechnenden Pauschale ist Energie für Heizung und Nachtbeleuchtung nicht enthalten und bedarf einer besonderen Vereinbarung.

- 11.2.2 Sanitäre Anlagen werden bauseits erstellt und unterhalten.
- 11.2.3 Pausen- und Aufenthaltsräume werden bauseits erstellt und unterhalten. Diese können anteilig vom AN zusammen mit den anderen Unternehmen genutzt werden.
- 11.2.4 Die Baugrundbeleuchtung wird für die Ausbauarbeiten im gesamten Bau und in Teilbereichen der Außenanlagen bauseits erstellt und unterhalten. In den Etagen werden die Flure und Treppenträume mit der Baugrundbeleuchtung versorgt.
Die Arbeitsbeleuchtung hat jeder Auftragnehmer für sein Gewerk selbst zu erbringen.
- 11.2.5 Verbindliche Höhenkoten sind im Bauwerk in jedem Bauteil in jeder Ebene 2-mal, an der Fassade an jeder Seite und an den Außenanlagen in ausreichender Anzahl dauerhaft und verbindlich angebracht. Vom AG übernommene Messpunkte sind während der Vertragsdauer zu sichern. Maßdifferenzen sind sofort der Objektüberwachung zu melden.
- 11.2.6 Anlieferungen, Rücksendung, Verwahrung
- Die Anlieferung von Baustoffen und Bauteilen ist terminlich mit der Objektüberwachung abzustimmen. Alle Lieferungen, auch die kleinsten Umfanges, sind vom AN auf der Baustelle selbst in Empfang zu nehmen. An den Auftraggeber gesandte Lieferungen werden nicht angenommen und auf Kosten des AN zurückgeschickt.
- 11.2.7 Bauunfälle bei denen Personen- oder Sachschäden entstehen, teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich mit. Mündliche Mitteilungen sind vom Auftragnehmer innerhalb von zwei Werktagen schriftlich zu bestätigen.
Erleidet der Auftragnehmer im Rahmen der Bauausführung einen Schaden, der durch den Auf-

Weitere Besondere Vertragsbedingungen

traggeber über das Bauvorhaben abgeschlossene Versicherung abgedeckt ist, kann der Auftraggeber verlangen, dass sich der Auftragnehmer direkt mit dem Versicherer in Verbindung setzt und für die Schadenregulierung selbst Sorge trägt. Soweit es für die Geltendmachung des Anspruchs erforderlich ist und von dem Versicherer verlangt wird, wird der Auftraggeber den Auftragnehmer zur Geltendmachung der Ansprüche bevollmächtigen.

11.2.8 Bauleistungsversicherung (Bauwesenversicherung)

Der Auftraggeber hat für das Projekt eine Bauleistungsversicherung abgeschlossen; zum Kreis der Mitversicherten gehören alle mit der Bauausführung befassten Personen und Unternehmen. Der genaue Deckungsumfang sowie die Versicherungsausschlüsse ergeben sich aus dem Versicherungsschein, der beim Auftraggeber eingesehen werden kann.

Der Auftragnehmer hat Bauwesenschäden unverzüglich nach deren Entdeckung zu melden. Die Schadensmeldung hat auf dem vom Auftraggeber hierzu vorgegebenen Formblattmuster zu erfolgen, das bei der örtlichen Bauüberwachung bezogen werden kann. Der Auftragnehmer hat die Schadensmeldung direkt an den Versicherer zu richten und eine Kopie hiervon dem Auftraggeber zu übersenden.

Bauwesenschäden sind unverzüglich telefonisch oder per Telefax dem Versicherer zu melden. Verluste durch Diebstahl hat der Auftragnehmer darüber hinaus der Polizeibehörde zu melden und sich dies bestätigen zu lassen.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber und dem Versicherer jede Nachprüfung über die Ursache, über den Verlauf und die Höhe des Schadens zu gestatten, sowie alle angeforderten Auskünfte zu erteilen. Der Auftragnehmer hat ohne besondere Aufforderung seiner Kostenaufstellung bei einer durch ihn vorgenommenen Schadensbeseitigung ordnungsgemäße prüffähige Belege beizufügen.

Der Auftragnehmer darf das Schadensbild bis zu einer Besichtigung durch den Versicherer nur verändern, soweit Sicherheitsgründe die Eingriffe erfordern und soweit die Eingriffe den Schaden mindern oder diese zur Aufrechterhaltung des Baubetriebs unvermeidlich erforderlich ist.

Die anteilige Prämie wird im Verhältnis des Einzelauftrages zu den Gesamtkosten auf die mitversicherten Auftragnehmer umgelegt, da ein wesentlicher Teil des Wagnisses aus der Gefahrentragung durch diesen Versicherungsschutz abgedeckt ist.

Die zu übernehmende Prämie beträgt 2,0 o/oo der Bruttoabrechnungssumme.

Bei einem Schadensfall beträgt die Selbstbeteiligung 250, -- Euro.

11.2.9 Betriebshaftpflichtversicherung (zu § 10 VOB/B)

Der Auftragnehmer hat für die Dauer der Bauzeit eine Betriebshaftpflichtversicherung mit den Deckungssummen

– € 3.000.000,-- für Personenschäden

– € 2.000.000,-- für Sachschäden

zu führen und deren Vorhandensein dem Auftraggeber auf Anforderung nachzuweisen. Der Auftraggeber kann Zahlungen an den Auftragnehmer bis zur Vorlage entsprechender Nachweise zurückhalten.

11.2.10 Bauschild

Es wird ein allgemeines Bauschild aufgestellt, auf dem der Auftraggeber genannt wird, sofern dies erwünscht ist. Die Größe der Firmenbezeichnung (Firmenschild) und das Layout des Schildes bzw. die Schrifttype und Farbe wird vom Auftraggeber festgelegt. Die anteiligen Kosten für das Firmenschild werden bei der Schlussrechnung in Höhe von 200 € (brutto) je Auftragnehmer einbehalten.

11.2.11 Baustellenverordnung

Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Vom Auftraggeber wird ein Koordinator für Sicherheits- und Gesundheitsschutz beauftragt. Der Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan (SiGe-Plan) wird vom Koordinator vor Baubeginn erstellt. Der Ausführende ist verpflichtet, die gültigen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsbestimmungen einzuhalten sowie Schutzmaßnahmen auf Grundlage des SiGe-Plans und die Hinweise des Koordinators zu beachten.

11.2.12 Eigenwerbung

Das Anbringen eigener Werbung des Auftragnehmers an Bauzäunen, Gerüsten, etc. sowie das Anbringen eigener Bauschilder des Auftragnehmers ist nicht zulässig.

11.2.13 Firmenbauleiter, Vertreter des AN

Der AN hat über die gesamte Bauzeit hinweg einen bevollmächtigten Vertreter zu stellen und zur Verfügung des AG und der Objektüberwachung zu halten. Dieser Vertreter muss sachkundig und als verantwortlicher Bauleiter u.a. berechtigt sein, Weisungen in Empfang zu nehmen und auszuführen. Er hat an den wöchentlichen Baubesprechungen teilzunehmen. Ist eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Vertreter des AN nicht möglich kann der AG die sofortige Ablösung verlangen.

Die Firmenbauleiter übergibt vor Aufnahme der Ausführung eine Firmenbauleitererklärung. Das Formblatt erhält er von der Objektüberwachung.

Obliegt dem AN gem. Vertrag die Erstellung von Bauteilen und Elementen des vorbeugenden Brandschutzes nach DIN 4102 und Brandschutzbescheinigung 1 der Baugenehmigung, so muss der AN und sein Firmenbauleiter spätestens zwölf Werktage vor Abnahme die fachgerechte Ausführung als verantwortlicher Fachbauleiter schriftlich bestätigen und dokumentieren. Gleiches gilt für Brandschutzabschlüsse oder Brandschutzelemente.

Bei der Verwendung von Bauprodukten mit ETA sind vom Firmenbauleiter zusätzlich individuelle Errichterklärungen zur Umsetzung der Planungsvorgaben schriftlich abzugeben.

11.2.14 Baubesprechungen / Koordinationsbesprechungen

Es werden regelmäßige, wöchentliche Koordinationsbesprechungen der Projektbeteiligten durchgeführt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, an diesen Besprechungen während der Ausführung der Leistungen des ANs oder auf Anforderung durch die Objektüberwachung teilzunehmen. Eventuelle Einwendungen gegen Niederschriften/Protokolle der Besprechungen müssen vom Auftragnehmer innerhalb von 3 Tagen nach Erhalt der Niederschrift erfolgen (Datum des PKM-Versands). Nach Ablauf dieser Frist gilt der Inhalt der Niederschrift als vom Auftragnehmer anerkannt.

11.2.15 Baustellentagebuch

Der Vertreter des AN hat das Baustellentagebuch über die Erbringung seiner vertraglichen Leistungen im Durchschreibeverfahren zu führen und der Objektüberwachung wöchentlich zur Baubesprechung unaufgefordert vorzulegen. Darin ist neben den Mindestanforderungen der Behörden die erbrachte Bauleistung zu beschreiben sowie Bericht über Baufortschritt, besondere Vorkommnisse, Aufnahme und Abschluss von Teilleistungen, die Zahl der am Bau beschäftigten Arbeitskräfte u. ä. zu erstatten. Das Bautagebuch ist arbeitstäglich zu führen; ein Bericht pro Tag.

11.2.16 Anzeigepflicht gegenüber der Objektüberwachung

- Alle Einzelleistungen, die eingeleitet, unter- oder abgebrochen und begonnen werden oder abgeschlossen sind.
- An- und Abmeldung des Führungspersonals, der Erfüllungsgehilfen vor und nach Arbeitsunterbrechungen.

Anfallende Stillstandszeiten sind vorab anzumelden. Grundsätzlich sind jedoch die Arbeiten so zu koordinieren, dass Wartezeiten vermieden werden.

11.2.17 Firmenangehörige, Zutrittskontrolle

Der Auftragnehmer einschließlich seiner Nachunternehmer hat sicherzustellen, dass die jeweils auf der Baustelle eingesetzten Arbeitnehmer sich jederzeit als Firmenangehörige ausweisen können. Der Auftraggeber behält sich vor, durch seine bevollmächtigten Vertreter Stichproben zur Einhaltung dieser Maßnahme auf der Baustelle durchzuführen.

Die entsprechenden Sozialversicherungsdokumente sind auf der Baustelle vorzuhalten.

Hierzu hat der AN mit einem Vorlauf von etwa 14 Tagen zur jeweiligen Arbeitsaufnahme bei der Objektüberwachung eine Liste des auf dem Bauvorhaben von ihm eingeplanten Personals mit

- Vor- und Nachname

- Firma

- Foto

abzugeben

Bei Änderungen des Personals ist analog vorzugehen.

Die Besichtigung der Baustelle durch Dritte bedarf der vorherigen Zustimmung des AG.

11.2.18 Parkplätze

Parkplätze in direkter Umgebung zu den Baustellen bzw. innerhalb der Bauzäune werden nicht ausgewiesen. Die Entfernungen zur Baustelle sind bei der Angebotslegung zu berücksichtigen. Das Parken auf dem Gelände des AG außerhalb der ausgewiesenen Parkflächen ist strengstens untersagt. Auch die Nutzung von Parkflächen direkter bzw. angrenzender Nachbarn zum Gertrud-von-le-Fort-Gymnasium an der Rubinger Straße ist strengstens untersagt.

11.3 Unterlagen zur Ausführung (zu §3 VOB/B)

Die freigegebenen Pläne und sonstige Arbeitsunterlagen werden durch den vom Auftraggeber beauftragten (Fach-) Planer bzw. die Objektüberwachung des Auftraggebers an den Auftragnehmer ausschließlich in digitaler Form übergeben.

Die Fristen für die rechtzeitige Übergabe der v. g. Unterlagen werden mit der Auftragsvergabe gemeinsam festgelegt.

Projektraum

Der AG stellt für das Bauvorhaben unentgeltlich einen Projektraum bereit. Der Versand aller projektrelevanten Dokumente (wie z.B. Protokolle, Pläne) durch den AG bzw. die beauftragten Planungsbüros erfolgt ausschließlich über den Projektraum. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diesen zum Download zu nutzen. Die Zusendung der Zugangsdaten erfolgt im Fall einer Auftragserteilung umgehend.

Die freigegebenen Ausführungspläne werden vom Auftraggeber über den digitalen Projektraum (PKM), digital ,pdf- und .dwg/.dxf-Datei zur Verfügung gestellt. Eine Übermittlung von Papierkopien entfällt. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit der Übergabe von Dokumenten und Planunterlagen ist der Upload in dem Projektraum.

Die aktuellen Ausführungspläne werden mit dem Zeitpunkt ihrer Einstellung auf „PKM“ Vertragsgrundlage und bestimmen das Leistungssoll des AN. Der AN wird bei Aktualisierungen und Planungsänderungen per E-Mail informiert. Der AN ist verpflichtet, sich vor Arbeitsbeginn und während der Ausführung seiner Leistung über den aktuellen Planungsstand auf dem Laufenden zu halten. Etwaige Kosten für Ausdruck und Vervielfältigung gehen bis einschließlich 6ter Planindex zu Lasten des AN.

Der AN hat sich in die Nutzung und Handhabung des PKM einzuarbeiten. Anleitungen zum Einstellen und Verteilen von Unterlagen stehen zur Verfügung. Der Zeitaufwand für Schulung/Einweisung kann vom AN nicht in Rechnung gestellt werden.

Im techn. Aufklärungsgespräch/Bietergespräch wird ein Formblatt PKM an den jeweiligen Bieter verteilt, in welchem die relevanten Informationen wie Ansprechpartner, Kontaktdaten etc. vom Bieter angegeben werden.

11.4 Ausführungsfristen

Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Auf der Grundlage der vertraglichen Ausführungsfristen hat der AN unmittelbar nach Auftragserteilung einen detaillierten Baufristenplan als vernetzten Balkenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Der Baufristenplan muss alle Lieferfristen und notwendigen Planvorläufe für alle Arbeitsabläufe enthalten. Für die jeweiligen Teilleistungen ist die Personalstärke anzugeben. Die Festlegungen des AGs, z. B. zur fachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Der Plan ist der Objektüberwachung vor Ausführungsbeginn zur Bestätigung zu übergeben. Bei Änderungen der Vertragsfristen oder bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan vom AN unverzüglich zu überarbeiten.

Bei Änderungen von Ausführungsterminen, insbesondere des Beginns der Tätigkeit des Auftragnehmers, die dieser nicht zu vertreten hat, werden die Parteien neue Vertragsfristen (Beginn-, Zwischen- und Endtermine) unter Berücksichtigung der ursprünglichen Ausführungsfristen vereinbaren. Die Berechnung der Verlängerungs- und Ausführungsfristen im Rahmen einer Behinderung hat nach anerkannten baubetrieblichen Grundsätzen zu erfolgen und muss auf die tatsächlichen Verzögerungen auf der Baustelle abstellen und die Verpflichtung des Auftragnehmers zu zumutbaren, nicht jedoch kostenauslösenden Beschleunigungsmaßnahmen berücksichtigen.

Ändern sich während der Vertragsdurchführung die Vertragsfristen durch Vereinbarung oder gemäß § 6 Abs. 2 VOB/B, treten diese an die Stelle der ursprünglich vereinbarten Frist.

11.5 Preisermittlungen, Urkalkulation

Der Auftragnehmer hat die seinem Angebot zugrunde liegende Urkalkulation, ab Verlangen der Vergabestelle, innerhalb von 18 Werktagen in einem verschlossenen Umschlag beim Auftraggeber zu hinterlegen. Der Umschlag ist deutlich mit der Aufschrift „Erweiterung Gertrud-von-le-Fort-Gymnasium Oberstdorf und Neubau Dreifeldsporthalle“ und dem Zusatz des jeweiligen Gewerks sowie dem Firmenstempel zu versehen. Die Kalkulation bleibt bis zur vollständigen Abwicklung des Vertrages in Verwahrung des Auftraggebers und wird nur in Beisein des Auftragnehmers geöffnet. Bei Vereinbarung von Zusatzleistungen oder bei Preisprüfungen kann der Auftraggeber die Einsichtnahme in die Urkalkulation verlangen.

Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder Abs. 8 Nr. 2 VOB/B Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für die Preise einschließlich der Aufgliederung der Einheitspreise (Zeitansatz und alle Teilkostenansätze), spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Dies gilt auch für Nachunternehmerleistungen.

11.6 Allgemeine Auflagen des Auftraggebers

11.6.2 Sichtbeton-Oberflächen

Im und am Gebäude sind zahlreiche Sichtbetonoberflächen vorhanden.

Es ist dem AN strikt untersagt

- die Schutzmaßnahmen zu entfernen
- Markierungen bzw. Beschriftungen an Sichtbetonflächen vorzunehmen
- im Bereich der Sichtbetonflächen Material zu lagern
- Befestigungen jeglicher Art an Sichtbetonflächen vorzunehmen

Reparaturkosten oder Wertminderungen infolge von Beschädigungen und Missachtung dieser Vorschriften gehen zu Lasten des AN.

11.6.3 Nichtraucherchutz / Alkoholverbot

Innerhalb der Gebäude darf nicht geraucht werden.

Innerhalb der Gebäude, auf dem gesamten Grundstück und den unmittelbar angrenzenden, öffentlichen Verkehrsflächen gilt ein Alkoholverbot.

11.7 Verträge mit ausländischen Auftragnehmer

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

11.8 Nachträge

Es sind die Vorgaben der elektronischen Datenverarbeitung gem. EFB 244 zu beachten. Angebotsaufforderung des AG und das Angebot des AN werden digital ausgetauscht und zugleich in Schriftform.

Auf den § 2 Abs. 5, 6 und 8 VOB/B wird in besonderem Maße verwiesen.

Für die Abrechnung von zusätzlichen Leistungen sind folgende Unterlagen erforderlich:

- Nachtragsangebot mit lfd. Nummerierung in der Art, Aufbau und Struktur des Leistungsverzeichnisses und Zuordnung zu den Ordnungszahlen des Hauptauftrags
- Kalkulationsunterlagen auf Basis des Hauptangebotes
- Schriftliche Vergütungsvereinbarung mit dem Auftraggeber

Vertraglich vereinbarte Nachlässe gelten auch für zusätzliche / geänderte Leistungen sowie Regieleistungen.

11.9 Zahlung (§ 16 VOB/B)

Fristbeginn:

Maßgebend für den Fristbeginn ist der Eingang der vollständigen Rechnungsunterlagen beim zuständigen objektüberwachenden Planungsbüro.

Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.

11.10 Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B)

11.10.2 Zeitpunkt der Rückgabe der Sicherheit für Vertragserfüllung

Die Sicherheit für Vertragserfüllung ist mit dem Zeitpunkt der Abnahme bzw. dem Zeitpunkt, zu dem anderweitig die Wirkungen der rechtsgeschäftlichen Abnahme herbeigeführt wurden, zurückzugeben, solange und soweit keine von ihr erfassten noch unerfüllten Ansprüche des AG gegen den AN bestehen. Bestehen solche Ansprüche, sinkt jedoch das Sicherungsbedürfnis des AG unter den Betrag der Sicherheit, ist der AN berechtigt, diese gegen eine Sicherheit zu tauschen, die der Höhe des berechtigten Sicherungsbedürfnisses des AG und den Bestimmungen des hier vorliegenden Vertrages entspricht.

11.10.3 Zeitpunkt der Rückgabe der Sicherheit für Mängelansprüche

Die Sicherheit für Mängelansprüche ist über die - ggf. durch Hemmungs- und/oder Unterbrechungstatbestände verlängerte - Dauer der Gewährleistung des AN über **5 (fünf) Jahre** aufrechtzuerhalten und mit Ablauf der vorgenannten Gewährleistung zurückzugeben, solange und soweit nicht zu diesem Zeitpunkt noch von der Sicherheit erfasste unerledigte Ansprüche des AG gegenüber dem AN bestehen.

Sinkt in einem solchen Fall das Sicherungsbedürfnis des AG unter den Betrag der Sicherheit, ist der AN berechtigt, diese gegen eine solche zu tauschen, die dem berechtigten Sicherungsbedürfnis des AG und den Bestimmungen des hier vorliegenden Vertrages entspricht.

11.10.4 Verjährungsfrist von Mängelansprüchen

Als Verjährungsfrist für Mängelansprüche wird abweichend zu § 13 Abs. 4 (1) und (2) für die gesamte vertragliche Leistung **5 (fünf) Jahre** vereinbart.

11.11 Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

11.12 Abnahmen, Technische Zwischenprüfung

Nach Fertigstellung von Teilen der Vertragsleistung erfolgt eine technische Zustandsfeststellung zur Abnahme nach VOB/B der Leistungen, die durch die weitere Bauausführung der Nachprüfung und Feststellung entzogen werden. Der AN hat dies rechtzeitig zu beantragen. Die Feststellung gilt nicht

Weitere Besondere Vertragsbedingungen

als rechtsgeschäftliche Abnahme. Die förmliche Abnahme der Gesamtleistungen wird gesondert durchgeführt am Ende der Gesamtbauzeit. Ausschlaggebend für den Beginn der Verjährungsfrist für Mängelansprüche ist die Gesamtabnahme nach Fertigstellung der Leistung.

Der Auftraggeber verlangt, jede Leistung förmlich abzunehmen. Für die Durchführung von Vorbegehungen zur Abnahme oder für die Abnahmehandlungen selbst erforderliche Beistellungen von Personal durch den Auftragnehmer, sind von diesem in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

11.13 Arbeitszeiten und Lärmschutzauflagen

An Werktagen von Montag bis Samstag kann auf der Baustelle gearbeitet werden. Darüberhinausgehende Arbeitszeiten sind mit der Objektüberwachung schriftlich zu vereinbaren. Die etwa zusätzlich erforderlichen Genehmigungen für Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit holt der Auftragnehmer ein.

Bei sämtlichen Bauarbeiten ist Rücksicht auf den laufenden schulischen Betrieb zu nehmen.

Die Regelzeiten der Schulen beginnen um 8:00 Uhr und enden um 13:00 Uhr. Besonders lärmintensive Arbeiten sind nach 13:00 auszuführen soweit organisatorisch und wirtschaftlich möglich.

Insbesondere in den Prüfungszeiträumen sind lärmintensive Arbeiten nur zu unkritischen Zeiten zulässig und vorab mit der Objektüberwachung abzustimmen. Nachstehende Prüfungszeiträume für das Jahr 2025 sind bereits bekannt und zu berücksichtigen:

- Gymnasium, mündliche Prüfungen: KW 21/2025 bis KW 22/2025
- Mittelschule, mündliche Prüfungen: KW 20/2025
- Mittelschule, schriftliche Prüfungen: KW 25/2025 bis KW 26/2025

11.14 Pressekontakte

Den auf der Baustelle arbeitenden Firmen ist es untersagt, der Presse Auskünfte über das Bauvorhaben zu erteilen oder hierfür Bilder anzufertigen und zu verteilen. Anfragen sind über die Objektüberwachung an den Auftraggeber zu richten.

11.15 Erfüllungsort und Gerichtsstand

Erfüllungsort für den Auftragnehmer ist die Baustelle. Gerichtsstand ist, wenn der Auftragnehmer Kaufmann ist Sonthofen. Ansonsten gilt die gesetzliche Regelung.

- Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen -